



Mehr Handlungsspielraum für Menschen in ländlichen Regionen

Mehr Handlungsspielraum für Menschen in ländlichen Regionen
Experten diskutieren über aktive Gestaltung des demografischen Wandels. Starke Abwanderung und Überalterung treffen besonders die ländlichen Regionen. Damit wird die soziale Teilhabe für die Menschen gerade dort immer schwieriger. Um diese Regionen mit schwierigen demografischen Verhältnissen zu unterstützen, will das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Menschen vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dazu sollen rechtliche Standards gelockert und innovative, regional angepasste Lösungen erarbeitet werden. Um zukunftsorientierte Ideen auszuarbeiten, hat das Bundeslandwirtschaftsministerium rund 70 Experten aus ganz Deutschland zu einer Fachveranstaltung nach Berlin eingeladen. Die Fachleute waren sich einig, dass bei künftigen Entscheidungen im ländlichen Raum der Grundsatz gelten muss: Umbau von Rahmenbedingungen vor Abbau von Daseinsvorsorge. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie man den demografischen Wandel aktiv gestalten und betroffene Regionen gezielt unterstützen kann. Dabei wurden verschiedene Ansätze diskutiert. So könnten Bund und Länder beispielsweise durch die Einführung sogenannter Regionaletats die Fördermittel aus verschiedenen Politikressorts bündeln. Dadurch könnten die vorhandenen Fördermittel effektiver und effizienter eingesetzt und die Maßnahmen besser an die Bedürfnisse dünn besiedelter Regionen angepasst werden. Außerdem wurden Vorschläge gemacht für integrierte Siedlungsentwicklungskonzepte und einen bewussteren Umgang mit leerstehenden Gebäuden in den Dörfern. Neue Einkommensmöglichkeiten ergeben sich auf dem Land unter anderem durch die Energiewende oder die wachsende Bedeutung regionaler Produkte. Um die sozialen Belange der Bürger besser zu koordinieren, kann der Einsatz von "Dorfmanagern" hilfreich sein, so ein Ergebnis der Fachkonferenz. Darüber hinaus sollte der Staat ländlichen Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang nach Ansicht der Experten mehr Aufmerksamkeit widmen. Öffentliche Investitionen sollten künftig vorher einem Zukunfts-Check unterzogen werden und regionale Koordinierungsrunden und Zukunftsdialoge zu einer gezielteren Unterstützung der ländlichen Regionen beitragen. Die Ergebnisse der Veranstaltung stellen einen wichtigen Input für die Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung dar. Weitere Informationen zum ländlichen Raum und den Auswirkungen des demografischen Wandels sowie interaktive Themenkarten finden Sie unter www.bmelv.de/laendliche-raeume. Details zur Veranstaltung und der vorausgegangenen dreiteiligen Workshop-Reihe des Thünen-Instituts und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung finden Sie unter <http://www.ti.bund.de/index.php?id=7>.
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
Mail: pressestelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.